

Überlegtes Nein

Nach jüngsten Umfragen werden die Schweden am kommenden Sonntag in ihrem Referendum die Euro-Einführung ablehnen – mit gutem Grund **VON SEBASTIAN DULLIEN**

Die Iren haben ihn. Die Osteuropäer tun alles, um ihn zu bekommen. Und die Deutschen haben ihm zu Liebe sogar ihre geliebte Mark in die Tiefen ausgedienter Bergwerke verbannt. Nur die Schweden scheinen sich mit dem Euro nicht anfreunden zu können. Umfragen deuten darauf hin, dass die Euro-Gegner trotz einer gewaltigen Werbekampagne der Befürworter beim Referendum am kommenden Sonntag gewinnen werden.

Die Ökonomen sind entsetzt. Schweden schade sich selber, warnen sie. Das Zinsniveau in dem Land werde über dem der Euro-Zone bleiben, Investitionen in andere Länder fließen. Doch sind die Schweden wirklich so dumm, gegen ihre wirtschaftlichen Vorteile zu stimmen? Es spricht einiges dafür, dass genau das Gegenteil der Fall ist.

Natürlich ist für eine kleine, offene Wirtschaft wie Schweden ein Beitritt zur Währungsunion nach gängiger Theorie vorteilhaft. Währungen mit geringem Handelsvolumen unterliegen häufig starken Wechselkurschwankungen; abrupte Auf- und Abwertungen drohen das Wachstum immer wieder empfindlich zu stören.

Probleme mit dem Wechselkurs

Eine plötzliche Abwertung ruft in kleinen Ökonomien sofort steigende Importpreise hervor. Gewerkschaften versuchen, über höhere Lohnforderungen den Kaufkraftverlust auszugleichen. Inflationsgefahren entstehen, die Notenbank muss die Zinsen erhöhen, das Wachstum wird abgewürgt. Plötzliche Aufwertungen dagegen belasten den Exportsektor und drohen wegen dessen großen Gewichts die Wirtschaft in die Rezession zu ziehen. All diese Probleme wären mit einem Euro-Beitritt verschwunden. Zudem könnte er sich für viele Schweden auch aus einem anderen

Grund lohnen. Derzeit zahlt Schweden rund 50 Basispunkte höhere Zinsen auf zehnjährige Staatsanleihen als vergleichbare Euro-Länder. Diese Renditen fielen bei der Euro-Einführung schnell. Die Hypothekenzinsen würden folgen.

Gegen all diese Vorteile lässt sich wenig sagen – und sie werden von den Euro-Befürwortern regelmäßig vorgetragen. Doch Schweden könnte etwas verlieren, das viel schwerer wiegt: das vorbildliche Zusammenspiel von Notenbank, Finanzpolitik und Tarifparteien. Wenn die geldpolitischen Entscheidungen künftig in Frankfurt getroffen werden, könnte das zusammenbrechen.

Die Erholung der schwedischen Wirtschaft nach der schweren Wirtschafts- und Bankenkrise Anfang der 90er Jahre belegt, wie gut die Konsensgesellschaft Wirtschaftsprobleme managen kann. 1991 rutschte Schweden in die schwerste Wirtschaftskrise der Nachkriegsgeschichte. Drei Jahre in Folge schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt, die Arbeitslosigkeit sprang von rund zwei auf zehn Prozent. Mitten in der Krise, im Herbst 1992 wurde zudem die schwedische Krone von Spekulanten aus dem Europäischen Währungssystem gedrängt. Die Krone verlor gegenüber den wichtigsten Handelswährungen innerhalb weniger Monate beinahe 30 Prozent, die Inflation schoss in die Höhe.

Die Reaktionen von Notenbank und Gewerkschaften waren vorbildlich: Innerhalb eines halben Jahres ließ die Zentralbank den kurzfristigen Zins von 16 Prozent auf unter 10 Prozent fallen. Die Gewerkschaften ermöglichten die lockere Geldpolitik, indem sie ihre Lohnforderungen trotz steigender Inflation beschränkten, die Regierung setzte Reformen an Steuer- und Sozialsystemen um. Gleichzeitig vermied sie trotz enormer Kosten der Ban-

kenkrise, ihren Haushalt sofort zu sanieren, was die Wirtschaft weiter belastet hätte. Das Haushaltsdefizit stieg von rund zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts 1991 auf fast zwölf Prozent 1993. Der Kurs zeigte bald Früchte: Schon 1994 verbuchte Schweden ein stärkeres Wachstum als die Euro-Zone, heute liegt die Arbeitslosigkeit nur leicht über fünf Prozent.

Konflikt in der Euro-Zone

Die Euro-Zone selbst ist von einer solch abgestimmten Makro-Politik weit entfernt. Als im Sommer 2000 die Ölpreise stiegen, legten die Gewerkschaften bei ihren Lohnforderungen nach. In Frankfurt wuchs die Inflationsangst und die EZB erhöhte die Zinsen. Die Euro-Zone erlebte einen heftigen Abschwung.

Auch das Verhältnis zwischen Notenbank und Regierungen ist alles andere als kooperativ: Mit Argusaugen wacht die Notenbank darüber, dass auch im Abschwung die Staatsdefizite die Drei-Prozent-Grenze des Stabilitätspakts nicht verletzen. Öffentliche, kaum versteckte Drohungen der Notenbank, bei Aufweichung des Vertragswerks die Zinsen zu erhöhen, sind an der Tagesordnung.

Natürlich ist ein Zusammenspiel der verschiedenen Politiksparten in der Euro-Zone nach schwedischen Muster nur schwer vorstellbar. Die über Jahrzehnte gewachsenen, persönlichen Kontakte zwischen Gewerkschaftsfunktionären, regierenden Sozialdemokraten und Zentralbankern sind nicht per Dekret einzuführen – und angesichts der größeren Zahl der Akteure in der Euro-Zone auch wenig realistisch. Die Schweden aber haben am Sonntag die Wahl, sich ihre Konsens-Wirtschaftspolitik zu bewahren.